



NIEDERSCHRIFT Nr. 08/2011

Sitzung der Ratsversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 01.12.2011
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus, Ratssitzungssaal, Bismarckstraße 8, 25421 Pinneberg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Bürgervorsteherin Natalina Boenigk - CDU

Mitglieder

Ratsfrau Gabriela Matthies - SPD
Ratsherr Bernd Hinrichs - CDU
Ratsherr Jürgen Brandt - CDU
Ratsherr Jörg Breitsprecher - SPD
Ratsherr Peter Bublitz - CDU
Ratsfrau Ulrike Bues - GAL & Unabhängige
Ratsherr Hermann Bührich - GAL & Unabhängige
Ratsherr Joachim Dreher - GAL & Unabhängige
Ratsherr Olaf Etzrodt - FDP
Ratsherr Torsten Hauwetter - CDU
Ratsherr Herbert Hoffmann - SPD
Ratsfrau Helga Kock - SPD
Ratsherr Uwe Lange - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Michael Lorenz - CDU
Ratsherr Reinhard Matthies - SPD
Ratsherr Werner Mende - FDP
Ratsfrau Ilse Ohrt - CDU
Ratsherr Bernd Pieper - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsfrau Silke Riebensahm - CDU
Ratsherr Ralf Rogall - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsfrau Bärbel Schultz - SPD

Erster Stadtrat Klaus Seyfert - CDU
Ratsherr Kai Sibbert - CDU
Ratsherr Manfred Stache - GAL & Unabhängige
Ratsherr Gerhard Thomssen - SPD
Ratsherr Dieter Tietz - SPD
Ratsfrau Angela Traboldt - SPD
Ratsherr Kai Vogel - SPD

Beiratsmitglieder

Herr Claus-Dieter Westphal - Seniorenbeirat bis einschl. Pkt. 21)
Herr Jannik Thiel - Kinder- und Jugendbeirat bis während Pkt. 8)

Verwaltung

Frau Kristin Alheit - Bürgermeisterin
Herr Thorsten Backhaus - Komm. FDL Finanzen
Herr Peter Brodersen - FB II
Herr Jan Gawryluk - Leiter KSP
Frau Traudchen Perrefort - Leiterin FB IV
Herr Dirk Pohlmann - FD Finanzen
Herr Volker Rutkat - FD Personal+Organisation
Herr Klaus Stieghorst - Leiter FB III
Herr Michael Scheer - Protokollführung

Fehlende Mitglieder

Ratsherr Dietrich Drechsler - CDU
Ratsherr Martin Engel - FDP
Ratsfrau Anja Hißnauer - DIE BÜRGERNAHEN
Ratsherr Marcus Ohlmeier - SPD
Ratsherr Kurt Patzke - CDU
Ratsherr Peter Thomsen - GAL & Unabhängige

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Abfassung von öffentlichen Teilen von Niederschriften
- 3.1. Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 06.10.2011
- 3.2. Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 03.11.2011
4. Bekanntgabe von in der Ratsversammlung am 03.11.2011 in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen

5. Bericht der Verwaltung
6. Bericht des Kinder- und Jugendbeirates
7. Bericht des Seniorenbeirates
8. Realisierung der Innenstadterweiterung
Drucksache: 11/191
9. Antrag des SuS Waldenau auf Änderung § 5 Abs. 3 der Sportförderrichtlinie
Drucksache: 11/248
10. Budgetierung der Schulen
Drucksache: 11/133/2
11. Ernst-Paasch-Halle: Bekanntgabe der Vergabe an einen privaten Träger
Drucksache: 11/174
12. Neufassung der Entgeltsordnung über die außerschulische Benutzung städtischer Schulräume und Sportstätten durch Dritte
Drucksache: 11/236/1
13. Änderung der Richtlinie über die Nutzung der Mehrzweckhalle Rübekamp durch außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen
Drucksache: 11/250/1
14. Namensänderung der Heinrich-Hanselmann-Schule
Drucksache: 11/247
15. Anträge auf Kostenübernahme von Bau-/Instandhaltungsmaßnahmen in Kindertagesstätten
Drucksache: 11/186/3
17. Kindertagesstättenbericht 2011
Drucksache: 11/279
16. KiTa Waldstraße; Vorhaben des Trägers auf Einrichtung einer KiTa in der Rellinger Straße
Drucksache: 11/231
18. Öffentlich-rechtlicher Vertrag der Stadt Pinneberg mit dem Kreis über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GkZ zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz und Landespflegegesetz
Drucksache: 11/280
19. Verwaltungsgliederung der Stadt Pinneberg
hier: Vorlage der Verwaltungsgliederung durch die Bürgermeisterin gem. § 65 Abs. 3 i.V.m. § 55 Abs. 3 Gemeindeordnung
Drucksache: 11/251
20. Wahlen in Ausschüsse
Drucksache: 11/290
21. Wahl der Schiedsleute für den Schiedsamsbezirk Pinneberg
Drucksache: 11/214

Nichtöffentlicher Teil:

- 22. Abfassung von nichtöffentlichen Teilen von Niederschriften
 - 22.1. Abfassung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift vom 06.10.2011
 - 22.2. Abfassung des nichtöffentlichen Teils der Niederschrift vom 03.11.2011
- 23. Mitteilung
 - 23.1. Organisationsgutachten der Beratungsfirma Management consult, Bonn
Drucksache: 11/274
- 24. Bericht der Verwaltung

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung der Sitzung und Festsetzung der Tagesordnung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest. Gegen diese und ihre weitere Feststellung, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist, werden keine Einwendungen erhoben.

Über den Vorschlag der Vorsitzenden, den Tagesordnungspunkt 17) „Kindertagesstättenbericht 2011“ (DS-Nr. 11/279) aufgrund der Auswirkungen auf den Tagesordnungspunkt 16) „KiTa Waldstraße; Vorhaben des Trägers auf Einrichtung einer KiTa in der Rellinger Straße“ (DS-Nr. 11/231) vor diesem zu behandeln, besteht in der Ratsversammlung Einvernehmen.

Über den weiteren Vorschlag der Vorsitzenden, die damit einer Bitte von Bürgermeisterin Alheit folgt, einen Teil des Berichts der Verwaltung in nichtöffentlicher Sitzung als Punkt 24) zu behandeln, um vertrauliche Angelegenheiten erörtern zu können, besteht in der Ratsversammlung auch Einvernehmen.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Frau Karen Hosse, Halstenbeker Straße 5, 25421 Pinneberg, bittet um Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Können Sie mir sagen, wie hoch die gesamten Verbindlichkeiten, ich meine die Schulden der Stadt heute sind?
2. Können Sie mir auch sagen, wie hoch die Verbindlichkeiten nach der Kommunalwahl in 2008 waren?
3. Und können Sie mir auch sagen, wie hoch die Verschuldung bis zur nächsten Kommunalwahl noch ansteigen soll?
4. Wie sollen die Verbindlichkeiten wieder getilgt werden bzw. wer soll die Schulden bezahlen?

Wenn die Bürgermeisterin oder die Mitglieder der Ratsversammlung die Zahlen jetzt nicht zur Hand hätten, sei sie auch damit zufrieden, wenn ihr die Antworten bis zur nächsten Ratsversammlung am 08.12.2011 schriftlich mitgeteilt würden.

Die Vorsitzende erklärt darauf, dass eine schriftliche Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung erfolgen werde.

Anmerkung der Verwaltung: *Die Fragen sind Frau Hosse am 07.12.2011 schriftlich beantwortet worden (siehe Anlage 1 zur Niederschrift)*

Frau Gröne-Ostmeier von der Kita Waldstraße unterrichtet die Ratsversammlung bezüglich der Errichtung einer Kindertagesstätte in der Rellinger Straße, dass der bisherige Inhaber das Objekt nicht mehr länger zur Verfügung haben wollen und es nunmehr anderweitig veräußert habe.

zu 3 Abfassung von öffentlichen Teilen von Niederschriften

zu 3.1 Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 06.10.2011

Gegen die Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 06.10.2011 werden keine Einwendungen erhoben.

zu 3.2 Abfassung des öffentlichen Teils der Niederschrift vom 03.11.2011

Ratsherr Hinrichs regt an, in Niederschriften die Bezeichnungen abgesetzter Tagesordnungspunkte künftig in Klammern aufzuführen.

Im Übrigen werden gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 03.11.2011 keine Einwendungen erhoben.

zu 4 Bekanntgabe von in der Ratsversammlung am 03.11.2011 in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen

Die Vorsitzende führt aus, dass die Ratsversammlung am 03.11.2011 in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen habe, im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 131 „Anzuchtgarten-Süd“ Grundstücke an Private zu verkaufen. Zudem habe die Ratsversammlung gegenüber der Vertreterin der Stadt in den Gesellschafterversammlungen der Stadtwerke Pinneberg GmbH bzw. der Kommunalwirtschaft Pinneberg GmbH Weisungen bezüglich des Votums hinsichtlich der Feststellung der Jahresabschlüsse der beiden Gesellschaften für das Jahr 2010 und der Gewinnverwendung, der Entlastung der Aufsichtsräte und der Geschäftsführung sowie der Bestellung der Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2011 ausgesprochen.

zu 5 Bericht der Verwaltung

a) Westumgehung

Bürgermeisterin Alheit unterrichtet die Ratsversammlung, dass die Gerichtsverhandlung zur Westumgehung zwischenzeitlich für den 19.04.2012 terminiert worden sei. Da ein Baubeginn im Jahr 2012 möglicherweise nicht mehr stattfinden werde, solle in den nächsten Tagen kri-

tisch geprüft werden, ob aus dem städtischen Haushalt für das nächste Jahr Baukostenmittel zu nehmen seien.

b) Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2012

Bürgermeisterin Alheit erläutert die als Tischvorlage verteilte aktuelle Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2012. Danach seien aufgrund der heute noch anstehenden Entscheidung, bezüglich der Innenstadterweiterung das bisherige Konzept nicht weiter zu verfolgen, die eingestellten Zuschüsse sowie die Maßnahmen, die mit neuen Fördergeldern finanziert werden sollten, herausgenommen worden. Zuschusszusagen in Höhe von 743.000,00 € seien mit einem Sperrvermerk versehen worden, da zunächst ein neues Konzept entwickelt werden müsse. Zudem seien 60.000,00 € für die Umsetzung der alten Containern an der Johannes-Brahms-Schule, die bereits Bestandteil des 2. Nachtragshaushaltes 2011 gewesen seien, entfernt worden. Hinsichtlich der Ernst-Paasch-Halle sei bezüglich der technischen Trennung vom Schulgebäude eine Kostenschätzung der Verwaltung eingeflossen. Die Schulbudgetkürzungen seien wieder herausgenommen worden, dafür seien die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit herausgefallen. Danach ergebe sich im Ergebnisplan ein neuer Fehlbetrag in Höhe von 8.776.000 €. Um die von Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfohlene Schuldenbremse einhalten zu können, müssten danach noch weitere Kürzungen in Höhe von rd. 1.000.000 vorgenommen bzw. die Einnahmen entsprechend erhöht werden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Stache sagt Bürgermeisterin Alheit zu, dass die Mittel für die Hochbaumaßnahme Obdachlosenunterkünfte noch mit einem Sperrvermerk versehen werden.

zu 6 Bericht des Kinder- und Jugendbeirates

Herr Thiel berichtet der Ratsversammlung über die Überlegungen des Kinder- und Jugendbeirates, aufgrund der momentanen Sitzungslängen künftig mehr Sitzungen dieses Gremiums stattfinden zu lassen.

zu 7 Bericht des Seniorenbeirates

Herr Westphal weist die Ratsversammlung auf die am 11.03.2012 in der Rübekamphalle stattfindende Ehrenamtsmesse hin, an der auch der Seniorenbeirat mit einem Stand teilnehmen werde. Hierzu sollen die Grünen Helfer eingeladen werden, um Gelegenheit zu haben, ihre Arbeit vorzustellen und eventuell neue Helferinnen und Helfer zu finden.

zu 8 Realisierung der Innenstadterweiterung

11/191

Die Vorsitzende weist in dieser Angelegenheit zunächst darauf hin, dass der Ausschuss Stadtentwicklung am 22.11.2011 den Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/191 mehrheitlich abgelehnt habe.

Ratsherr Dreher erklärt sodann, dass sich der Ergänzungsantrag der Fraktion der GAL & Unabhängigen aufgrund der heute als Tischvorlage verteilten aktualisierten Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2012 und der Erläuterungen der Bürgermeisterin unter dem Tagesordnungspunkt 5) „Bericht der Verwaltung“ erledigt habe.

Ratsherr Lorenz führt danach aus, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/191 nicht zustimmen werde. Seine Fraktion habe vor rd. vierzehn Monaten in

der Marktplatzumfahrung zunächst die Möglichkeit gesehen, große Selbstbedienungsmärkte in Pinneberg anzusiedeln und zugleich die Barrierewirkung der Friedrich-Ebert-Straße aus der Welt zu schaffen. Dabei habe seine Fraktion aber von Anfang an die Realisierung dieser Maßnahme davon abhängig gemacht, dass die Umfahrung machbar und bezahlbar sei. In der Folge habe es aus Sicht der CDU-Fraktion an eindeutigen Aussagen seitens der Verwaltung gefehlt, dass diese beiden Voraussetzungen erfüllt werden können. Als Gründe für die nunmehr ablehnende Haltung der CDU-Fraktion führt Ratsherr Lorenz sodann die zu vielen Unsicherheiten in der Planung – Umfahrung des Marktplatzes, Untergrund des Marktplatzes, Überschwemmungsgebiet – sowie in der Kostenermittlung, die mangelnde bzw. ablehnende Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung und den Rückzug der Magneten Mediamarkt und Edeka-Meyer an. Die ganze Zeit skeptisch gegenüber gestanden habe man auch einer durch diese Maßnahme möglichen Abkoppelung des Lindenplatzes von einer Innenstadtentwicklung. Hinsichtlich der nunmehr seit einigen Wochen im Raume stehenden Pläne lokaler Investoren bezüglich des Lindenplatzes wolle die CDU-Fraktion zunächst die weitere Entwicklung abwarten. Ratsherr Lorenz geht sodann darauf ein, dass sich die CDU-Fraktion bei der Innenstadterweiterung nun grundsätzlich auf die Fläche südlich der Friedrich-Ebert-Straße beschränken wolle. Als flankierende Maßnahme hierfür fordere seine Fraktion die schnelle Umsetzung des Beschlusses zur Verlegung des Samstagswochenmarktes vom Marktplatz auf den Drosteivorplatz. Für die Realisierung eines Selbstbedienungsmarktes auf dem Gelände der ehemaligen Kreissparkasse trete die CDU-Fraktion für die schnelle Schaffung des entsprechenden Baurechtes ein.

Ratsherr Thomssen erklärt im Namen der SPD-Fraktion, dass mit der heutigen Entscheidung, den Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/191 abzulehnen, eine Riesenchance vertan werde, Pinneberg für die Zukunft zu positionieren. Mit großen Engagement und Sachverstand sei in rd. einem Jahr ein überzeugendes, homogenes und attraktives Konzept entwickelt worden, welches Pinneberg für den Einzelhandel wieder interessant gemacht hätte. Seitens des Landes seien aufgrund der auch von dort erwarteten Wertsteigerung der Innenstadt Fördermittel für nachhaltige wichtige Maßnahmen in Aussicht gestellt worden. Dies alles wolle sich nun die politische Mehrheit entgehen lassen, ohne im Augenblick ein anderes überzeugendes Konzept in Aussicht zu haben, bei dem auch mit Fördermitteln gerechnet werden könne. Überrascht habe nicht nur die SPD-Fraktion, sondern auch externe Fachleute, dass die CDU-Fraktion nach einem Jahr intensiver Planungen nunmehr urplötzlich das bisherige Konzept nicht mehr weiter verfolgen wolle. Hinsichtlich der Machbarkeit der Marktplatzumfahrung und der Lösbarkeit der Überschwemmungsgefahr hätte indes allen Beteiligten von Anfang an klar sein müssen, dass ein derartiges ambioniertes Projekt nicht ohne Risiken zu realisieren sein werde. Aus Sicht der SPD-Fraktion habe aber der im Hinblick auf die Attraktivität und die Zukunftsfähigkeit zu erwartende Zugewinn für die Stadt überwogen. Das Vorhaben bezüglich des Lindenplatzes, für das die lokalen Investoren im Übrigen bislang lediglich eine Absichtserklärung abgegeben hätten, wäre hierzu als eine sinnvolle Ergänzung und nicht in Konkurrenz zu sehen gewesen. Seine Fraktion sei nicht gegen die Verlegung des Samstagsmarktes auf den Drosteivorplatz. Im Rahmen des bislang verfolgten Konzeptes sei der dafür notwendige Umbau des Platzes förderfähig gewesen. Aufgrund der jetzt ungewissen Förderfähigkeit sei indes mit einer politischen Mehrheit, dafür gegebenenfalls selbst rd. 650.000,00 € auszugeben, nicht zu rechnen. Ratsherr Thomssen geht sodann abschließend darauf ein, dass sich die SPD-Fraktion in der Sache künftig vernünftigen anderweitigen konzeptionellen Lösungen zur Attraktivitätssteigerung der Pinneberger Innenstadt nicht verschließen werde. Die vorgestrige Koordinierungskonferenz sei in diesem Zusammenhang jedoch nicht ermutigend gewesen.

Ratsherr Dreher begrüßt im Namen der Fraktion der GAL & Unabhängigen die Kehrtwende der CDU-Fraktion, bedauert aber den durch die bisherige Verfolgung des falschen Konzeptes verlorenen Zeitraum für die Entwicklung der Innenstadt südlich der Friedrich-Ebert-Straße. Dabei habe es mit dem Rückzug von Mediamarkt und Edeka-Meyer, den Kosten für die Marktplatzumfahrung, und der Marktverlegung nach Realisierung der Westumgehung genügend Anzeichen gegeben, dass sich Pinneberg mit diesem Vorhaben nicht nur allein

finanziell übernommen hätte. Zudem wäre das Konzept zu Lasten der Wohn-, der Ausbildungs- und der Schulqualität gegangen. Eine Marktplatzverlegung auf den Drosteivorplatz werde es mit der Fraktion der GAL & Unabhängigen nicht geben. In diesem Zusammenhang sei an den entsprechenden Bürgerentscheid zu erinnern. Auch die Fraktion der GAL & Unabhängigen werde dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/191 nicht zustimmen. Abschließend moniert Ratsherr Dreher die Berichterstattung von Ratsherrn Thomssen aus einer ihm nicht bekannten vertraulichen Sitzung.

Ratsherr Bublitz führt aus, dass die 3. Koordinationssitzung, an der Ratsherr Thomssen und er teilgenommen haben, zwar nichtöffentlich aber nicht geheim gewesen sei. Die von Ratsherrn Thomssen vertretene Sichtweise könne er allerdings nicht teilen. Ratsherr Bublitz geht sodann auf den langen Zeitraum der Entscheidungsfindung seitens der CDU-Fraktion ein. Bereits am 22.10.2010 habe diese der Verwaltung einen umfangreichen Fragenkatalog unterbreitet. Weder in der ersten Beantwortung im Januar 2011 noch im letzten Schreiben vom 22.11.2011 seien die Frage nach der Umfahrung und der Hochwasserproblematik hinreichend beantwortet worden. Hinzu sei die Kostenentwicklung für die Marktplatzumfahrung von zunächst rd. 3.700.000,00 € auf zuletzt mindestens 7.000.000,00 € gekommen. Die CDU-Fraktion habe sich aus diesen Gründen deshalb dafür entschieden, künftig eine kleinere Lösung zu verfolgen, nachdem lokale Investoren sich bereit erklärt haben, am Lindenplatz im Sinne einer Attraktivitätssteigerung der Innenstadt tätig zu werden. Die Umbaukosten für den Drosteivorplatz würden nicht 650.000,00 €, sondern nach den Unterlagen 407.000,00 € betragen.

Ratsherr Mende spricht an, dass die FDP-Fraktion die vorgesehene Innenstadterweiterung über die Friedrich-Ebert-Straße hinaus nach Norden nicht mittragen werde. Das auf die Schnelle entwickelte Konzept beruhe vor allem hinsichtlich der Marktplatzumfahrung auf luftschlossartigen Ansätzen. Die FDP-Fraktion begrüße stattdessen die Initiative der Geschäftsinhaber und Grundstückseigentümer, eine vernünftige Attraktivitätssteigerung der Pinneberger Innenstadt in die Wege zu leiten. Nachwievor sei sie gegen eine Verlegung des Samstagswochenmarktes, sondern für eine verbesserte Anbindung des bisherigen Marktplatzes an die Innenstadt. Bezüglich einer weiteren Innenstadtentwicklung werde die FDP-Fraktion trotz sich abzeichnender konspirativer Alleingänge der CDU- und der SPD-Fraktionen weiterhin für Gespräche zur Verfügung stehen.

Ratsherr Stache kritisiert das auf den Ausschluss der kleineren Fraktionen beruhende Herrschaftswissen der CDU, der SPD und der Verwaltung. Hinsichtlich der Verlagerung des Samstagswochenmarktes auf den Drosteivorplatz, der künftigen Entwicklung des Lindenplatzes sowie der Innenstadt südlich der Friedrich-Ebert-Straße fordert er eine Beteiligung der Bürger und der kleineren Fraktionen ein.

Ratsherr Bublitz weist die Vorwürfe von Herrschaftswissen und Geheimsitzungen zurück. Über die Einführung der Koordinierungskonferenzen sowie über die daran teilnehmenden Vertreter der Politik sei in öffentlicher Sitzung entschieden worden. Diese Vertreter würden danach die CDU- und die SPD-Fraktion stellen, auch wenn dies den anderen Fraktionen vielleicht nicht gefalle. Über die Inhalte der Koordinierungskonferenzen zu berichten, sei Aufgabe der Verwaltung.

Ratsherr Matthies führt aus, dass es bezüglich des bislang verfolgten Konzeptes mehrere Workshops sowie eine online-Beteiligung gegeben habe. Hinsichtlich des Vorhabens, dieses Konzept nun nicht mehr weiter zu verfolgen, habe es indes keine Bürgerbeteiligung gegeben. Im Übrigen habe der Investor nie behauptet, in Pinneberg Mediamarkt ansiedeln zu wollen. Dieser habe immer von einem großen Elektrohandel gesprochen. Mediamarkt sei daraufhin hineininterpretiert worden.

Ratsherr Dreher führt aus, dass es hinsichtlich der Koordinierungskonferenzen nicht um die rechtmäßig gefassten Beschlüsse gehe. Vielmehr sei es nicht in Ordnung, wenn die CDU

und die SPD zum wiederholten Male die anderen Fraktionen und damit die sie wählenden Bürgerinnen und Bürger bewusst ausschließen. Im Übrigen habe der Investor in einem Gespräch seinen Aussagen wegen der Ansiedlung von und dem Gewerbesteueraufkommen durch Mediamarkt nicht widersprochen.

Nach Ende der Erörterung lehnt die Ratsversammlung den nachstehend aufgeführten Beschlussvorschlag der Verwaltung vom 12.08.2011 gem. dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/191 ab:

„Die Ratsversammlung beschließt grundsätzlich die Durchführung des Projektes Innenstadt-erweiterung auf der Grundlage des von der Ratsversammlung am 23. Juni 2011 beschlossenen Konzeptes der Planungsgruppe Elbberg/Trüper Gondesen Partner.

Die Verwaltung wird beauftragt,

- den notwendigen Grunderwerb durchzuführen,
- die Verlagerung der Friedrich-Ebert-Straße vorzubereiten und zu realisieren,
- den Bau der neuen Fußgängerzone vorzubereiten und zu realisieren sowie
- städtebauliche Verträge soweit notwendig mit privaten Entwicklungsträgern vorzubereiten und abzuschließen.

Die jeweiligen Maßnahmen sind den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen.“

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 19 Nein-Stimmen
bei 10 Ja-Stimmen.

zu 9	Antrag des SuS Waldenau auf Änderung § 5 Abs. 3 der Sportförderrichtlinie	11/248
-------------	--	---------------

Die Vorsitzende führt zunächst aus, dass der Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend am 29.11.2011 gegenüber der Ratsversammlung eine Beschlussempfehlung gem. der Variante 2 des Beschlussvorschlags der Vorlage DS-Nr. 11/248 ausgesprochen habe.

Ratsherr Vogel spricht sich darauf im Namen der SPD-Fraktion für eine Annahme der Variante 1 des Beschlussvorschlags der Vorlage DS-Nr. 11/248 aus. Entgegen der Begründung der CDU-Fraktion für die Zustimmung zur Variante 2 im Fachausschuss führe deren Einführung nicht zu einem erhöhten Verwaltungsaufwand. Zudem würde die Förderung ohne doppelten „Pro-Kopf-Betrag“ auch von den größeren Vereinen wie dem VfL Pinneberg, die dann etwas weniger Sportfördermittel erhalten würden, begrüßt, da dadurch den kleineren Vereinen eine stärkere Jugendförderung ermöglicht werde.

Ratsherr Hinrichs spricht sich in Namen der CDU-Fraktion für die Annahme der Beschlussempfehlung des Fachausschusses aus. Seiner Fraktion gehe es dabei nicht um den Verwaltungsaufwand, insofern sei er im Fachausschuss missverstanden worden. Die CDU-Fraktion halte die Abkehr von einem Jahre lang gut funktionierenden Verfahren aufgrund der dadurch gering ausfallenden Unterschiedsbeträge jedoch für unnötig.

Nach Ende der Erörterung stellt die Vorsitzende zunächst die nachstehend aufgeführte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend vom 29.11.2011 gem. dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/248, Variante 2, zur Abstimmung:

„Die Ratsversammlung lehnt den Antrag des SuS Waldenau vom 17.08.2011 auf Änderung des § 5 Abs. 3 der Sportförderrichtlinie ab.“

Die Beschlussempfehlung wird abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 15 Nein-Stimmen
bei 14 Ja-Stimmen.

Sodann fasst die Ratsversammlung gem. der Variante 1 des Beschlussvorschlags der Vorlage DS-Nr. 11/248 den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung stimmt auf Antrag des SuS Waldenau vom 17.08.2011 der Änderung des § 5 Abs. 3 der Sportförderrichtlinie zu und beschließt den DS-Nr. 11/248 beiliegenden Entwurf einer Nachtragsrichtlinie VIII zur Richtlinie der Stadt Pinneberg zur Förderung der Sportvereine – Sportförderrichtlinie –.

Die Richtlinie tritt am 01.01.2012 in Kraft. Ab diesem Tag gilt die Richtlinie in der Fassung der Nachtragssatzung VIII.“

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 15 Ja-Stimmen
bei 14 Nein-Stimmen.

zu 10 Budgetierung der Schulen

11/133/2

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Schulausschusses vom 08.11.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/133/2 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt in Weiterentwicklung ihrer Beschlüsse vom 05.03.1997 – DS-Nr. 96/403 – und folgende, zuletzt vom 02.12.2010 – DS-Nr. 10/284 – zur Budgetierung der Schulen im Haushaltsjahr 2012 Folgendes:

- 1) Die in den Schulen zum Haushaltsjahr 1995 erstmals eingeführte Budgetierung wird unter Berücksichtigung der Budgetierungsregeln gemäß Beschluss der Ratsversammlung vom 05.03.1997 (Ziffer II), des Beschlusses der Ratsversammlung vom 16.12.1999 (Ziffer 5) sowie des Beschlusses der Ratsversammlung vom 02.12.2010 (Ziffer 5, Satz 2 und 3, und Ziffer 6) im Haushaltsjahr 2012 fortgesetzt. Der der Ermittlung des Gesamtbetrages aller Schulbudgets für das Haushaltsjahr 2012 zugrunde liegende Pro-Kopf-Betrag beträgt 137,29 € pro Schüler/in (vgl. Beschluss der Ratsversammlung vom 11.12.2008).**
- 2) Bei einer Gesamtschülerzahl von 5594 (Stichtag: 16. September 2011) beläuft sich der Gesamtbetrag der Schulbudgets aller Schulen auf aufgerundet 768.100,00 €.**
 - a) Die Aufteilung eines Gesamtbetrages von 768.100,00 € auf die ohne Heinrich-Hanselmann-Schule verbleibenden 10 Schulen erfolgt nach den Kategorien**
 - I. Einheitlicher Sockelbetrag (= 10% des Gesamtbetrages)**
 - II. Anzahl der Klassen (= 10% des Gesamtbetrages)**
 - III. Anzahl der Schülerinnen und Schüler entsprechend der festgelegten Schülerfaktoren (= 70% des Gesamtbetrages)**
 - b) Die Heinrich-Hanselmann-Schule erhält aufgrund ihrer besonderen Situation in**

der Schülerzahlenentwicklung eine Budgetpauschale von 20.000 €

c) Es werden folgende Schülerfaktoren zugrundegelegt:

- | | | |
|------|---|--------------|
| I. | Grundschulen | Faktor: 1,00 |
| II. | Weiterführende Schulen ohne Oberstufe | Faktor: 1,25 |
| III. | Weiterführende Schulen mit Oberstufe | Faktor: 1,30 |
| IV. | Fixbetrag für Förderzentrum in Höhe von | 20.000,00 € |

d) Die Aufteilung der Mittel nach der Kategorie IV „Besondere Anforderungen“ auf die einzelnen Schulen (ohne Heinrich-Hanselmann-Schule) erfolgt – wie bereits im Jahr 2011 – nach den Kategorien

- Einheitlicher Sockelbetrag (= 10% des auf diese Kategorie entfallenden Anteils)
- Anzahl der Klassen (= 10 % des auf diese Kategorie entfallenden Anteils)
- Anzahl der Schülerinnen und Schüler (= 80 % des auf diese Kategorie entfallenden Anteils)

3) Die nach diesen Kriterien ermittelten Summen werden auf die einzelnen Schulen wie folgt aufgeteilt:

Hans-Claussen-Schule	36.000,00 €
Schule Rübekamp	28.800,00 €
Helene-Lange-Schule	53.700,00 €
Schule Thesdorf	32.400,00 €
Schule Waldenau	20.000,00 €
Grund- und Gemeinschaftsschule	87.000,00 €
Schulzentrum Nord	92.400,00 €
Johannes-Brahms-Schule (inkl. Außenstelle)	160.400,00 €
Theodor-Heuss-Schule	131.100,00 €
Johann-Comenius-Schule	106.300,00 €
Heinrich-Hanselmann-Schule	20.000,00 €

4) In Abstimmung mit den betroffenen Schulleiterinnen und Schulleitern werden die städtischen Ganztagsmittel in Höhe von 40.000 € nicht in die Schulbudgets einbezogen. Die Verteilung dieser Mittel erfolgt auf der Grundlage der Gesamtteilnehmerstunden geteilt durch die Teilnehmerstunden pro Schule. Hierbei werden das Mittagessen und die Betreuungsstunden nicht berücksichtigt.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 11 Ernst-Paasch-Halle:
Bekanntgabe der Vergabe an einen privaten Träger

11/174

Die Vorsitzende weist zunächst auf die in dieser Angelegenheit vorliegende gleichlautende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend vom 27.10.2011 und des Schulausschusses vom 08.11.2011 gem. dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/174 hin.

Ratsfrau Matthies begrüßt sodann im Namen der SPD-Fraktion das Vorhaben, die Ernst-

Paasch-Halle ab 2013 als Kulturzentrum nutzen zu wollen. Eine Heimat für die Pinneberger Kulturschaffenden würde eine Bereicherung der Stadt darstellen. Sie hoffe daher, dass sich die Umsetzung dieses Projektes als nicht zu schwierig erweisen werde.

Ratsherr Hinrichs sagt dem Unterfangen die Unterstützung seitens der CDU-Fraktion zu. Damit würde die Arbeit der Pinneberger Kulturschaffenden, die bislang zum Teil unter schwierigsten Bedingungen habe erfolgen müssen, künftig leichter.

Ratsherr Bublitz spricht die seitens der Verwaltung in der aktuellen Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2012 eingestellten Mittel für die technische Trennung der Halle vom Gebäude der ehemaligen Karl-Sörensen-Schule an. Den Betrag von 13.000,00 € halte er hierfür für zu hoch, er bitte daher vor Inangriffnahme der Maßnahme um eine detaillierte Auflistung der zu erwartenden Kosten.

Die Ratsversammlung fasst sodann aufgrund der gleichlautenden Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend vom 27.10.2011 und des Schulausschusses vom 08.11.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/174 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt in Konkretisierung ihrer Entscheidung vom 02.12.2010 – DS-Nr. 10/314 – auf Empfehlung des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend sowie des Schulausschusses zur Nachnutzung der Ernst-Paasch-Halle Folgendes:

1. **Nach Aufgabe der Nutzung als Turnhalle für den Schul- und Vereinssport soll das Gebäude als Kulturzentrum/Kulturforum genutzt werden.**
2. **Zu diesem Zweck wird das bebaute Teilgrundstück aus dem Schulvermögen entlassen und die Einrichtung in private Trägerschaft übergeben.**
3. **Die Vergabe an einen privaten Träger ist öffentlich bekannt zu machen.**
4. **Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der politischen Gremien der Stadt mit der Durchführung der Bekanntmachung und der Auswahl beauftragt.“**
- 5.

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 12	Neufassung der Entgeltsordnung über die außerschulische Benutzung städtischer Schulräume und Sportstätten durch Dritte	11/236/1
--------------	---	-----------------

Die Vorsitzende weist auf die Folgevorlage DS-Nr. 11/236/1 aufgrund einer Anregung des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend vom 27.10.2011 hin, alternativ eine pauschale Anhebung der Entgeltssätze um ca. 24 % vorzusehen. Der Schulausschuss habe darauf am 08.11.2011 eine dementsprechende Beschlussempfehlung gegenüber der Ratsversammlung ausgesprochen.

Die Ratsversammlung fasst darauf aufgrund der Beschlussempfehlung des Schulausschusses vom 08.11.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/236/1, Alternativ, unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt den der DS-Nr. 11/236/1 vom 31.10.2011 beiliegenden Entwurf einer Neufassung der Entgeltsordnung über die außerschulische Benutzung städtischer Schulräume und Sportstätten durch Dritte (mit einer pauschalen An-

hebung der Entgeltssätze um ca. 24 %).“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 13	Änderung der Richtlinie über die Nutzung der Mehrzweckhalle Rübekamp durch außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen	11/250/1
--------------	--	-----------------

Die Vorsitzende weist auf die Folgevorlage DS-Nr. 11/250/1 aufgrund einer Anregung des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend vom 27.10.2011 hin, alternativ eine pauschale Anhebung der Entgeltssätze um ca. 12 % vorzusehen. Der Schulausschuss habe darauf am 08.11.2011 eine dementsprechende Beschlussempfehlung gegenüber der Ratsversammlung ausgesprochen.

Die Ratsversammlung fasst darauf aufgrund der Beschlussempfehlung des Schulausschusses vom 08.11.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/250/1, Alternativ, unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt den der DS-Nr. 11/250/1 vom 31. Oktober 2011 beiliegenden Entwurf eines Nachtrags I zur Richtlinie über die Nutzung der Mehrzweckhalle Rübekamp durch außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen (mit einer pauschalen Anhebung der Entgeltssätze um ca. 12 %).

Die Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Ab diesem Zeitpunkt gilt die Richtlinie in der Fassung dieses Nachtrages.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 14	Namensänderung der Heinrich-Hanselmann-Schule	11/247
--------------	--	---------------

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Schulausschusses vom 08.11.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/247 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung stimmt dem Antrag der Heinrich-Hanselmann-Schule vom 14.09.2011, dass die Heinrich-Hanselmann-Schule vom Schuljahr 2012/2013 folgende Bezeichnung tragen soll

**Förderzentrum Pinneberg
Sonderpädagogische Unterstützung in der Region,**

zu. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde einzuholen.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

Die Vorsitzende weist zunächst auf die in dieser Angelegenheiten vorliegende gleichlautende Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren vom 22.11.2011 und des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 24.11.2011 gem. dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/186/3 hin.

Seitens der Fraktion der GAL & Unabhängigen ist mit Schreiben vom 29.11.2011 der nachstehend aufgeführte Änderungsantrag eingebracht worden:

„1. Wir beantragen die Beschlussfassung über die Vorlage DS-Nr. 11/186.

2. Der erste Satz des Beschlussvorschlags wird geändert in:

„Die Ratsversammlung beschließt, im Wege einer einmaligen Ausnahmeregelung den Trägern der Kindertagesstätten Zuschüsse zu den für 2011 geplanten Bau- und Investitionsmaßnahmen in Höhe von 50 % der förderfähigen nachgewiesenen Kosten zu gewähren.“

3. Der Absatz nach der Tabelle wird ersatzlos gestrichen:

„Voraussetzung für eine Förderung ist der Beginn der Maßnahme im Jahr 2011. Der Verwendungsnachweis ist spätestens bis zum 30. Juni 2012 vorzulegen.““

Die Angelegenheit wird erörtert.

Ratsherr Hinrichs erläutert als Vorsitzender des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren die gleichlautende Beschlussempfehlung dieses Fachausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen. Danach solle im Hinblick auf die Betriebskostenerstattung eine Doppelförderung vermieden werden. Auf die Angemessenheitsprüfung solle nicht verzichtet werden.

Ratsfrau Bues begründet den Änderungsantrag der Fraktion der GAL & Unabhängigen. Danach sei in den letzten zwei Jahren über Anträge der Kindertagesstättenträger auf Kostenübernahme von Bau-/Instandhaltungsmaßnahmen aufgrund der sich dahinziehenden Verhandlungen über die entsprechende Richtlinie nicht entschieden worden. Dadurch habe sich bei den Kindertagesstätten ein Sanierungsstau ergeben, der jetzt zum Wohle der Kinder behoben werden müsse. Im Übrigen sei das Jahr 2011 schon sehr weit fortgeschritten, den Trägern sollten keine unerfüllbaren Förderungsvoraussetzungen aufgegeben werden.

Ratsherr Tietz erklärt, dass die SPD-Fraktion der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen werde. In diesem Zusammenhang schließt er sich den Erläuterungen von Rats Herrn Hinrichs an. Rats Herr Tietz erläutert sodann den Hintergrund für den Änderungsantrag der Fraktion der GAL & Unabhängigen. Danach übernehme die Stadt bereits seit dem Jahr 2008 nicht mehr die Defizite der Kindertagesstättenträger im laufenden und im investiven Bereich zu 100 %. Gemäß den entwickelten Richtlinien fördere sie große Bauvorhaben der Träger nachwievor, behalte sich dabei aber vor, in welcher Höhe. Hinsichtlich der während der Entwicklung der Richtlinien entstandenen Altlasten sei in der interfraktionellen Arbeitsgruppe entschieden worden, seitens der Stadt 50 % der förderfähigen Kosten zu übernehmen. Die Träger seien seit August 2011 darüber unterrichtet, welche Kosten die Stadt anerkenne, so dass die heute anstehende Entscheidung niemanden überrasche. Erstaunlich sei, dass die Fraktion der GAL & Unabhängigen, die sich in letzter Zeit an verschiedenen Stellen für eine vermehrte Haushaltskonsolidierung stark gemacht habe, nun in dieser Sache rd. 54.000,00 € mehr ausgeben wolle.

Ratsherr Dreher weist den Vorwurf von Rats Herrn Tietz zurück. Seine Fraktion sehe in der Sozialpolitik ihren Schwerpunkt. Er fordere ihn auf, die 54.000,00 €, die seine Fraktion zehn Kindertagesstätten für Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen zusätzlich zur Verfügung stellen wolle, in Relation zu den 180.000,00 € zu sehen, die bereits für das bisher favorisierte und jetzt nicht mehr weiter verfolgte Konzept zur Innenstadterweiterung in den Sand gesetzt worden seien.

Ratsfrau Traboldt erregt sich daraufhin, dies gerade der SPD-Fraktion, an der es als Einzige nicht gelegen habe, vorzuwerfen.

Nach Ende der Erörterung stellt die Vorsitzende zunächst den Änderungsantrag der Fraktion der GAL & Unabhängigen zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 25 Nein-Stimmen
bei 4 Ja-Stimmen

Im Anschluss fasst die Ratsversammlung aufgrund der gleichlautenden Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren vom 22.11.2011 und des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 24.11.2011 zu dem mit der Vorlage Ds-Nr. 11/186/3 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt aufgrund vorliegender Anträge, den Trägern der Kindertagesstätten im Wege einer einmaligen Ausnahmeregelung und ohne Präjudiz für die Folgejahre Zuschüsse zu den in 2011 angemeldeten Baumaßnahmen in Höhe von 50 % der anerkannten förderungsfähigen Kosten zu gewähren:

Träger	Kindertagesstätte	Antragssumme („große“ Bauunterhaltung) €	Höchstförder- summe €
AWO	Aschhooptwiete	122.352,94	61.176,47
AWO	Rosenfeld	4.230,00	2.115,00
AWO	Sandkamp	10.707,39	5.353,70
AWO	Reichenberger Str.	43.133,00	21.566,50
Ev. Kirche	Blauer Kamp	5.247,00	2.623,50
Ev. Kirche	Ostermannweg	41.000,00	20.500,00
Ev. Kirche	Waldenau	666,00	333,00
Kath. Kirchengemeinde	Kath. Kindergarten	11.500,00	5.750,00
insgesamt		238.836,33	119.418,17

Die Ratsversammlung stellt fest, dass

- die Höhe der tatsächlich förderungsfähigen Kosten von der Angemessenheitsprüfung abhängig ist
- die Christuskirchengemeinde als Trägerin der Kindertagesstätte Thesdorf inzwischen grundsätzlich den Neu-/Ersatzbau einer Kindertagesstätte beschlossen hat
- die von der KiTa Waldstraße e. V. gemäß Anlage 8 zu DS-Nr. 11/186 beantragten Maßnahmen nicht ausreichend konkretisiert und damit nicht berücksichtigt

werden können

Im Übrigen werden die weitergehenden Anträge auf Kostenübernahme von Bau- und sonstigen Investitionsmaßnahmen abgelehnt.“

Die Beschlussfassung erfolgt

einstimmig.

zu 17 Kindertagesstättenbericht 2011

11/279

Die Vorsitzende weist in dieser Angelegenheit zunächst auf die in dieser Angelegenheit vom Ausschuss Soziales, Kinder, Senioren am 22.11.2011 ausgesprochene, vom Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/279 abweichende Beschlussempfehlung hin.

Seitens der Fraktion der GAL & Unabhängigen ist mit Schreiben vom 29.11.2011 der nachstehend aufgeführte Änderungsantrag eingebracht worden:

- „1. Die Beschlussvorlage wird auf den 08.12.2011 vertagt.
2. Der Satz auf Seite 2 der Beschlussvorlage DS-Nr. 11/279 „Aus diesem Grund kann eine Beschlussfassung über den Antrag der KiTa Waldstraße e. V. auf Einrichtung einer Kindertagesstätte in Pinneberg, Rellinger Straße 26, zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden“ wird ersatzlos gestrichen.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Wirtschaftlichkeit anderer KiTabauten zur Erreichung der Versorgungsquote im Krippenbereich/Familien- und Elementargruppen mit dem Angebot für die KiTa Rellinger Straße (siehe Beschlussvorlage DS-Nr. 11/231) zu vergleichen und der Ratsversammlung bis zum 08.12.2011 vorzulegen.“

Die Angelegenheit wird erörtert.

Ratsherr Hinrichs erläutert als Vorsitzender des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren zunächst die Beschlussempfehlung des Fachausschusses. Danach sei die Stadt auf einem guten Wege, im Bereich der Elementar- und Krippenplätze die bis 2013 gesetzlich vorgegebenen Versorgungsquoten rechtzeitig zu erfüllen. Hinsichtlich der in diesem Zusammenhang noch fehlenden Plätze würden seitens der Kindertagesstättenträger so viele Angebote vorliegen, dass die Stadt in der Lage sei, unter Einbeziehung der interfraktionellen Arbeitsgruppe in einer Gesamtbetrachtung eine Auswahl treffen zu können. Hierfür sollen die Träger bis zum 29.02.2012 Anträge mit aussagekräftigen Daten vorlegen, so dass die Ratsversammlung am 26.04.2012 eine abschließende Entscheidung treffen können.

Ratsherr Tietz dankt der Verwaltung für den umfangreichen Kindertagesstättenbericht und den daraus gezogenen Konsequenzen. Die SPD-Fraktion trete dafür ein, am Ziel, die gesetzlich vorgegebenen Versorgungsquoten bis zum Jahr 2013 zu erfüllen, festzuhalten. Angesichts der Tatsache, dass die Stadt die Unterhaltung der Kindertagesstätten schon jetzt im Jahr rd. 5.000.000,00 € koste, solle das Ziel aber auch nicht überschritten werden. Hinsichtlich der bis dahin noch zu schaffenden Elementar- und Krippenplätze müsse sorgfältig geprüft werden, welche Angebote der Träger die Stadt annehmen wolle. Dabei werde allerdings nicht nur die Wirtschaftlichkeit, sondern auch die angebotenen Konzepte, die Versorgung der Stadtteile sowie die Vielfalt der Träger eine Rolle spielen. Das Vorhaben, in der Rellinger Straße eine neue Kindertagesstätte zu realisieren, habe sich aufgrund der zwischenzeitlichen anderweitigen Grundstücksveräußerung nun erledigt. Aufgrund der vorgesehenen Gesamtbetrachtung der Angebote wäre eine heutige entsprechende Entscheidung durch die

Ratsversammlung aber auch nicht in Betracht gekommen.

Ratsfrau Bues erklärt im Namen der Fraktion der GAL & Unabhängigen, dass diese ihren Änderungsantrag aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten anderweitigen Grundstücksveräußerung zurückziehe. Allerdings bedauere ihre Fraktion schon, dass auf dieses im Vergleich zum Neubau in Thesdorf wirtschaftlichere Vorhaben nun verzichtet werden müsse. Abschließend dankt auch Ratsfrau Bues der Verwaltung für den guten Kindertagesstättenbericht.

Ratsherr Dreher geht sodann auf den Wortbeitrag von Ratsherrn Tietz ein. Danach würden die für 2013 gesetzlich vorgeschriebenen Versorgungsquoten nicht dem tatsächlich existierenden Bedarf entsprechen. So gehe der Städte- und Gemeindebund von einem Bedarf in Höhe von 66 % aus. Auf Bundes- und Landesebene würde die SPD deshalb mehr Geld fordern, um diesem real existierenden Bedarf künftig wenigstens einigermaßen entsprechen zu können. Danach wäre es nicht schlimm gewesen, wenn die Stadt mit der neuen Kindertagesstätte etwas über die bislang geforderte Versorgungsquote hinausgeschossen wäre, denn auch in Pinneberg werde der Bedarf darüber hinaus noch zunehmen. Wenn nun das Vorhaben der KiTa Waldstraße in Abrede gestellt werde, werde dem Träger ein schlechtes Zeugnis ausgestellt, da dieser in Zusammenarbeit mit einem Investor eine Kindertagesstätte anbieten wollte, die in das Konzept der Stadt für die Jahre 2012 und 2013 gepasst hätte.

Ratsherr Tietz erwidert darauf, dass die Aussagen von Ratsherrn Dreher falsch seien. Die von SPD auf Bundes- und Landesebene geforderten zusätzlichen Finanzmittel sollen der Erreichung der bis 2013 gesetzlich geforderten Versorgungsquote von 35 % in den Kommunen dienen. Im Übrigen wäre das Angebot der KiTa Waldstraße allein aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu schlagen gewesen.

Nach Ende der Erörterung fasst die Ratsversammlung aufgrund der Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren vom 22.11.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/279 unterbreiteten und in der Sitzung des Ausschusses geänderten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung stellt in Fortschreibung des Kindertagesstättenberichts 2010 – DS-Nr. 11/027 – Folgendes fest:

- **Mit der Inbetriebnahme der Kindertagesstätte An der Raa ist die festgelegte Versorgungsquote von 95 % im Elementarbereich (= 1.330 Plätze) erreicht.**
- **Die für 2011 festgelegte Versorgungsquote im Krippenbereich von 25 % (= 300 Plätze) wird unter Berücksichtigung der 120 Tagespflegeplätze um 45 Krippenplätze überschritten.**
- **Nach der durch Beschluss der Ratsversammlung vom 03.03.2011 entschiedenen Umwandlung der Spielstube Waldenau in eine Vollkrippe mit 10 Plätzen zum 01.08.2012 sind im Jahr 2012 noch 5 Krippenplätze zu schaffen, um die Versorgungsquote für 2012 von 30 % (= 360 Plätze) zu erfüllen.**
- **Im Jahr 2013 sind für die Erreichung der Versorgungsquote von 35 % (= 420 Plätze) 60 Krippenplätze zu schaffen.**

Zum weiteren Ausbau der Zahl der Betreuungsplätze für unter 3-jährige Kinder nimmt die Ratsversammlung die Vorhaben

- **des Kinderschutzbundes auf Schaffung von 10 zusätzlichen Krippenplätzen unter Beibehaltung der beiden vorhandenen Elementargruppen in einem noch anzumietenden Objekt**
- **der Kindertagesstätte Waldstraße e. V. auf Schaffung von 30 zusätzlichen Krippenplätzen und 40 zusätzlichen Elementarplätzen unter Aufgabe der Außengruppe Oeltingsallee an der Rellinger Straße**

- des Zwergentreffs auf Schaffung von 10 zusätzlichen Krippenplätzen unter Fortsetzung des bisherigen Betreuungsangebots
- der Christuskirchengemeinde durch Neu- bzw. Ersatzbau am bisherigen Standort der Kindertagesstätte Thesdorf bis zu möglichen zusätzlichen 40 Krippenplätzen zu schaffen bei gleichzeitiger bedarfsgerechter Änderung des Betreuungsangebotes
- der WABE auf Schaffung von bis zu 40 zusätzlichen Krippenplätzen und 60 zusätzlichen Elementarplätzen auf dem Kasernengelände im Rahmen eines Gesamtkonzeptes auf Errichtung einer so genannten Bildungslandschaft mit Kindertagesstätte, Grundschule, Sekundarschule und Berufsakademie
- der Fröbel-Gruppe auf dauerhafte Einrichtung von 5 zusätzlichen Krippenplätzen bei gleichzeitiger Einrichtung einer Elementar-Außengruppe am derzeitigen Standort der Kindertagesstätte

zur Kenntnis und stellt fest, dass wegen des bestehenden Sachzusammenhangs und der Auswirkungen auf die Bedarfsplanung eine Gesamtbetrachtung aller Vorhaben erfolgen muss. Aus diesem Grund kann eine Beschlussfassung über den Antrag der KiTa Waldstraße e. V. auf Einrichtung einer Kindertagesstätte in Pinneberg, Rellinger Straße 26, zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden.“

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 25 Ja-Stimmen
bei 4 Stimmenthaltungen

Zum weiteren Vorgehen wird zur Kenntnis genommen:

Die Träger werden aufgefordert, ihre Vorhaben bis zum **29. Februar 2012** (Ausschlussfrist) unter Beifügung eines Kosten- und Finanzierungsplans und eines auf Grundlage der Richtlinie der Stadt Pinneberg zur Förderung der Kindertagesstätten bezifferten Förderantrages (Investitions- und erwartete Betriebskosten) zu konkretisieren (z. B. geplanter Standort, geplanter Zeitpunkt der Baufertigstellung und Inbetriebnahme, Art und Umfang des geplanten Betreuungsangebotes), damit über diese Vorhaben abschließend in den vorgesehenen Sitzungen des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren am 17.04.2012 und der Ratsversammlung am 26.04.2012 beraten und entschieden werden können.

zu 16	KiTa Waldstraße; Vorhaben des Trägers auf Einrichtung einer KiTa in der Rellinger Straße	11/231
--------------	---	---------------

Aufgrund der heutigen Beschlussfassung der Ratsversammlung zum Tagesordnungspunkt 17) „Kindertagesstättenbericht 2011“ (DS-Nr. 11/279) ist eine Behandlung dieser Angelegenheit hinfällig.

zu 18	Öffentlich-rechtlicher Vertrag der Stadt Pinneberg mit dem Kreis über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19 a GkZ zur Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz und Landespflegegesetz	11/280
--------------	--	---------------

Ratsfrau Ohrt erklärt im Namen der CDU-Fraktion, dass diese der in dieser Angelegenheit vorliegenden gleichlautenden Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren vom 22.11.2011 und des Hauptausschusses vom 23.11.2011 gemäß dem Beschlussvorschlag der Vorlage DS-Nr. 11/280 zustimmen werde. Durch die Kündigung des öffentlich-

rechtlichen Vertrages solle der Bürgermeisterin Gelegenheit gegeben werden, in Verhandlungen treten zu können, um für eine weitere Übernahme von Aufgaben des Kreises künftig eine für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Arbeitsaufwand her zu schaffende Fallzahl und für die Stadt eine auskömmliche Bezahlung zu erwirken.

Die Ratsversammlung fasst sodann aufgrund der gleichlautenden Beschlussempfehlung des Ausschusses Soziales, Kinder, Senioren vom 22.11.2011 und des Hauptausschusses vom 23.11.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr. 11/280 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung beschließt, den öffentlich-rechtlichen Vertrag der Stadt mit dem Kreis Pinneberg vom 06.12.2006 über die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft gemäß § 19 a GkZ zur Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII, dem Asylbewerberleistungsgesetz und dem Landespflegegesetz wegen nicht auskömmlicher Kostenerstattung mit Wirkung zum 31.12.2012 zu kündigen.

Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, mit dem Kreis Pinneberg Verhandlungen zu führen mit dem Ziel, einen neuen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit einer für die Stadt Pinneberg auskömmlichen Höhe der Personal- und Sachkostenerstattung abzuschließen.“

Die Beschlussfassung erfolgt

mit 27 Ja-Stimmen
bei 2 Nein-Stimmen.

zu 19	Verwaltungsgliederung der Stadt Pinneberg hier: Vorlage der Verwaltungsgliederung durch die Bürgermeisterin gem. § 65 Abs. 3 i.V.m. § 55 Abs. 3 Gemeindeordnung	11/251
--------------	--	---------------

Die Bürgermeisterin legt der Ratsversammlung nach § 65 Abs. 3 i. V. m. § 55 Abs. 3 Gemeindeordnung ihren Vorschlag zur Verwaltungsgliederung vor (Anlage 1 zu DS-Nr. 11/251). Danach soll es nur noch 3 Fachbereiche geben. Die Ratsversammlung nimmt den Vorschlag der Bürgermeisterin zur Verwaltungsgliederung zur Kenntnis.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Hauptausschuss am 23.11.2011 den Verwaltungsgliederungsvorschlag der Bürgermeisterin lediglich zur Kenntnis genommen, eine Empfehlung, dem Verwaltungsgliederungsvorschlag zu widersprechen, aber nicht ausgesprochen habe.

Bürgermeisterin Alheit beantwortet sodann die Anfrage der CDU-Fraktion vom heutigen Tage wie folgt:

1. *Frage: Wird mit einem heutigen Beschluss über die Aufgabengruppen im Fachbereich III eine spätere Ausgliederung des Gebäudemanagements – wie immer diese aussieht – in der Form erschwert, dass die Ratsversammlung darüber nicht mehr entscheiden kann?*

Antwort: Nein.

2. *Frage: Wer entscheidet mit welcher Mehrheiten darüber, ob das Gebäudemanagement künftig z. B. in Form eines Eigenbetriebes geführt werden soll? Kann die Ratsversammlung eine oben geschilderte Form der Betriebsführung (Eigenbetrieb) mit ei-*

ner 2/3-Mehrheit durchsetzen?

Antwort: Die Ratsversammlung mit einfacher Mehrheit.

Ratsfrau Ohrt erklärt darauf, dass die CDU-Fraktion dem Verwaltungsgliederungsvorschlag der Bürgermeisterin folgen könne. Diese vertrete schon seit längerem die Auffassung, dass für diese Verwaltung drei Fachbereiche durchaus ausreichend seien. Die Umstrukturierung dürfe allerdings speziell für eine Fachbereichsleitung nicht zu einer noch stärkeren Arbeitsbelastung führen.

Ratsherr Tietz führt aus, dass die SPD-Fraktion dem Verwaltungsgliederungsvorschlag der Bürgermeisterin nicht widersprechen werde. Damit könne seitens der Bürgermeisterin die Neubesetzung der derzeit vakanten Fachbereichsleitung Innerer Service in Angriff genommen werden.

Nach Ende der Erörterung wird ein Antrag, dem Vorschlag der Bürgermeisterin zur Verwaltungsgliederung mit der Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreterinnen und -vertreter zu widersprechen, nicht gestellt.

zu 20 Wahlen in Ausschüsse

11/290

Die Ratsversammlung fasst aufgrund des Beschlussvorschlags der Verwaltung vom 16.11.2011 gem. der Vorlage DS-Nr. 11/290 den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„Die Ratsversammlung wählt für ein aus einem Ausschuss ausgeschiedenes Mitglied bzw. für aus verschiedenen Ausschüssen ausgeschiedene stellvertretende Mitglieder folgendes Mitglied bzw. folgende stellvertretende Mitglieder:

auf Vorschlag der SPD-Fraktion:

Ausschuss	Mitglied/ stellv. Mitglied	ausgeschieden	Gewählt
Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen	stellv. bgl. Mitglied	Herr Christian Koch	Herr Philip Boelke
Ausschuss Soziales, Kinder, Senioren	stellv. bgl. Mitglied	Herr Lars Oehme	Frau Jeannette Born- träger, In de Simp 23
Ausschuss Soziales, Kinder, Senioren	stellv. Mitglied/ stellv. bgl. Mitglied	Ratsherr Olaf Bengsch	Herr Volkert Braren, Taubenstraße 92
Schulausschuss	Mitglied/ bgl. Mitglied	Ratsherr Olaf Bengsch	Herr Sven Petersen

Schulausschuss	stellv. bgl. Mitglied	Herr Sven Petersen	---
Schulausschuss	stellv. bgl. Mitglied	Frau Susanne Mörcke	Herr Lars Oehme
Ausschuss Umwelt, Naturschutz und Kleingartenwesen	stellv. bgl. Mitglied	Herr Markus Schlichter	Herr Christian Koch
Ausschuss Stadtentwicklung	stellv. bgl. Mitglied	Herr Aykut Bozkurt	Frau Jeannette Bornträger, In de Simp 23“

Die Wahl durch Handzeichen gemäß § 40 Absatz 2 der Gemeindeordnung ergibt jeweils

29 Ja-Stimmen

für die unterbreiteten Wahlvorschläge.

zu 21 Wahl der Schiedsleute für den Schiedsgerichtsbezirk Pinneberg 11/214

Die Ratsversammlung fasst aufgrund der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 23.11.2011 zu dem mit der Vorlage DS-Nr 11/214 unterbreiteten Vorschlag den nachstehend aufgeführten Beschluss:

„1. Eine Bekanntmachung, dass sich interessierte Personen zur Wahl zum Schiedsamt stellen können, ist nicht erforderlich. Die Ratsversammlung bestätigt damit die vorbereitende Entscheidung des Hauptausschusses.

2. Die Ratsversammlung wählt in getrennten Wahlgängen:

**a) zum Schiedsmann für den Schiedsgerichtsbezirk Pinneberg:
Herrn Walter Nowak
25421 Pinneberg**

**b) zum stellvertretenden Schiedsmann für den Schiedsgerichtsbezirk Pinneberg:
Herrn Karl-Heinz Jennerich
25421 Pinneberg**

jeweils für eine 5-jährige Amtszeit im Anschluss an die im Dezember 2011 ablaufende Amtszeit.“

Die Wahl durch Handzeichen gemäß § 40 Absatz 2 der Gemeindeordnung ergibt jeweils

29 Ja-Stimmen

für die beiden unterbreiteten Wahlvorschläge.

Die Vorsitzende schließt darauf um 20.20 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Protokollführung über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung ergibt sich aus dem Abschnitt Nr. 08/2011/N dieser Niederschrift.

gez. Boenigk
Vorsitzende

gez. Scheer
Protokollführer